

Rückblick Herbstsession 2020

Andreas Ott, Fraktionssekretär

WICHTIGSTE GESCHÄFTE



SVP hilft den «vergessenen Branchen» in der Covid-19-Krise

[20.058 Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid 19-Epidemie \(Covid-19-Gesetz\)](#)

Die einschneidenden Massnahmen des Bundes gegen Covid-19 haben dafür sorgt, dass viele Unternehmen in Schwierigkeiten geraten sind; auch solche, die in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben. Die Linke wollte dies zum Anlass nehmen, ein umfassendes, mit Steuergeldern finanziertes Staatsprogramm zu schaffen. Doch die SVP hat massgeblich den überparteilichen Kompromiss mitgeprägt, dass Selbständigen bis am 30. Juni 2021 gezielt geholfen werden kann. Das betrifft insbesondere auch die bisher «vergessenen Branchen» wie Schausteller oder die Reisebranche. Anspruch hat, wer weniger als 55% des Umsatzes der vergangenen Jahre erwirtschaftet. Sollten nach Auslaufen der Hilfe weiterhin Probleme bestehen, können Härtefälle weiterhin unterstützt werden, wenn sich auch die Kantone beteiligen.

Ausschaffungen nicht den Auslegungen europäischer Richter unterwerfen

[20.025 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Schengener Informationssystem \(SIS\)](#)

Versteckt in einer Schengen-Weiterentwicklung wollte der Bundesrat die Ausschaffung krimineller Ausländer freiwillig dem EU-Recht unterstellen. Damit hätte die EU bzw. deren Gerichtshof künftig entschieden, ob eine ausgesprochene Landesverweisung effektiv vollzogen werden darf. Die SVP stemmte sich dagegen und konnte wohl erstmalig erreichen, dass der Nationalrat eine Schengen-Vorlage ablehnte. Die SVP fordert vom Bundesrat, dass er im Ständerat eine Anpassung der Vorlage unterstützt und auf die Unterstellung unter das EU-Recht verzichtet.

Schädliche Landwirtschaftsinitiativen zur Ablehnung empfohlen

[18.096 Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz. Volksinitiative](#)

[19.025 Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide. Volksinitiative](#)

Die beiden Initiativen verfolgen auf unterschiedlichen Wegen das gleiche Ziel. Die Pestizidinitiative fordert ein komplettes Verbot synthetischer Pestizide. Die Trinkwasser-Initiative setzt beim Geld an. Sie verlangt, dass nur noch jene Bauern Subventionen erhalten, die auf den Einsatz von Pestiziden, Antibiotika und zugekauftetes Futter verzichten. Die Folge wären Ernteausfälle und steigende Preise. Mehr Lebensmittel müssten aus dem Ausland importiert werden. Dank der SVP empfiehlt das Parlament dem Volk die Ablehnung der beiden Initiativen.

Loslösung von den EU-Bildungsprogrammen bei der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

[19.072 Internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Bundesgesetz. Totalrevision](#)

Internationale Austauschprogramme für Studierende, Schüler und Berufsleute sollen nicht mehr so stark wie bisher auf die EU fokussiert sein. Denn mit dem Austritt Grossbritanniens befinden sich die besten Universitäten Europas definitiv nicht mehr in der EU. Neu sollen neben internationalen Förderprogrammen gleichwertig auch Schweizer Programme umgesetzt werden können.



Parlament bewilligt Kostenfolgen von über 100 Milliarden

Trotz Krisenstimmung ist die Finanzdisziplin im Parlament erneut komplett eingebrochen. Die SVP war oftmals dagegen, die bereits hohen bundesrätlichen Forderungen noch weiter aufzustocken. Das nach der Klimawahl 2019 deutlich linkere Parlament bewilligte in dieser einen Session wieder weit mehr Ausgaben, als der Bund normalerweise in einem Jahr ausgibt. Insgesamt werden die Bürger und Unternehmen aufgrund der getroffenen Entscheide über 100 Milliarden Franken an Steuern und Gebühren entrichten müssen.

Alle im Parlament ausser der SVP wollen ein EU-Rahmenabkommen

[19.078 Legislaturplanung 2019-2023](#)

Im Rahmen der Legislaturplanung setzte sich der Bundesrat das Ziel, das institutionelle Abkommen mit der EU unter Dach und Fach zu bringen. Der SVP-Antrag, dieses Ziel zu streichen, wurde von keiner anderen Partei unterstützt. Die Vorbehalte anderer Parteien sind somit nur vorgeheuchelt. Die SVP hat deshalb zwei Vorstösse eingereicht, die in der Wintersession behandelt werden. Dann müssen die anderen Parteien erneut Farbe bekennen, ob sie es mit den Nachbesserungen in den Bereichen Lohnschutz, staatliche Beihilfen und Unionsbürgerrichtlinie ernst meinen oder partout am Rahmenabkommen festhalten.

Klimawahnsinn: Trotz Krise soll alles noch teurer werden

[17.071 Totalrevision des CO2-Gesetzes nach 2020](#)

Das teure CO2-Gesetz wurde von beiden Räten und gegen den alleinigen Widerstand der SVP verabschiedet. Konkret haben die Linken und Grünen aller Parteien einen Benzinzuschlag von 12 Rappen pro Liter beschlossen. Tatsächlich bedeutet dies aber eine Benzinpreiserhöhung von 20 Rappen pro Liter. Denn hinzu kommen 4 Rappen Steuererlass für Biotreibstoff sowie die bereits früher beschlossenen 4 Rappen für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF). Doch das ist noch nicht alles: Ab 2023 sollen die CO2-Grenzwerte von Heizungen so tief angesetzt werden, dass dies faktisch einem Verbot von neuen Ölheizungen gleichkommt. Die Erhöhung der Lenkungsabgabe verteuert den Liter Heizöl um 27 Rappen und führt für einen durchschnittlichen Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von mehreren hundert Franken. Hinzu kommt eine unsoziale Ticketabgabe von – je nach Flugstrecke – 30 bis 120 Franken. Für die SVP ist deshalb klar, dass die Stimmbevölkerung beim CO2-Gesetz das letzte Wort haben muss und unterstützt das Referendum.

Parlament will mehr Flüchtlinge von Griechenland übernehmen

[20.3143 Mo. SPK-NR. Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens](#)
[20.4064 Mo. Bircher. Keine Aufnahme von Asylsuchenden aus abgebrannten Lagern](#)

Die Schweiz weist bereits einen enorm hohen Ausländeranteil auf und nimmt jedes Jahr zehntausende Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten auf. Trotzdem will eine Parlamentsmehrheit nun noch direkt Flüchtlinge aus Griechenland übernehmen. Nach dem Nationalrat nahm nun auch der Ständerat eine Motion an, die zusätzlich fordert, dass die Schweiz sich an einem europäischen Verteilmechanismus für Migranten beteiligt. Die SVP reichte ihrerseits eine Motion ein, welche die Aufnahme aus beschädigten oder zerstörten Lagern verbietet. Wer mutmasslich Feuer legt, soll nicht noch dafür belohnt werden.

Roadpricing durch die Hintertür

[19.045 Nationalstrassenabgabegesetz. Änderung](#)

Gegen die Einführung einer elektronischen Autobahnvignette allein, wie sie nun beide Kammern beschlossen haben, würde eigentlich nichts sprechen. Doch die Koppelung einer Strassenbenützungsgebühr an ein Nummernschild schafft die Voraussetzungen dafür, dass bald nicht nur Autobahnen, sondern auch andere Strassengebühren automatisiert erhoben werden können. Es droht ein Road Pricing, bei dem die Autofahrer einmal mehr zu Kasse gebeten werden, wenn sie gewisse Strassenabschnitte zu gewissen Zeiten passieren oder einfach grundsätzlich mehr Steuern entrichten müssen, um die Attraktivität des öV künstlich zu erhöhen.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Parlament genehmigt Corona-Kredite von 770 Millionen Franken

[20.042 Voranschlag 2020. Nachtrag II](#)

Die Nachtragskredite für die Bewältigung der Corona-Krise waren im Parlament unbestritten. So etwa die 288,5 Millionen Franken, welche für die Corona-Tests aufgewendet werden. Ein weiterer grosser Posten sind die 221,3 Millionen Franken für eine zusätzliche Einlage in den Bahninfrastrukturfonds. Zudem stimmte das Parlament einem Verpflichtungskredit von 5,82 Millionen Franken für die Lagerhaltung von 6'000 Tonnen Ethanol zu. Anlass für Diskussionen gaben nur die Kredite für die Kultur und die Flugsicherung Skyguide. Die SVP wollte die 34 Millionen Franken für die Kultur streichen – ohne Erfolg. Zudem wollte die SVP die Finanzhilfe für Skyguide in Höhe von 150 Millionen Franken an Bedingungen knüpfen.

Nationalrat will elektronische Steuerverfahren voranbringen

[20.051 Elektronische Verfahren im Steuerbereich. Bundesgesetz](#)

Die Kantone sollen neben der Steuererklärung auf Papier auch rein elektronische Steuerverfahren anbieten müssen. Das verlangt der Nationalrat. Die SVP war mehrheitlich dagegen. Sie befürchtete unter anderem Probleme wegen der Datensicherheit und einen Eingriff in die Freiheit der Kantone.

Nationalrat lehnt 99-Prozent-Initiative ohne Gegenentwurf ab

[20.032 Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern. Volksinitiative](#)

Die Initiative der JungsozialistInnen trägt offiziell den Titel «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern». Sie verlangt, dass Kapitaleinkommen, das einen bestimmten Betrag übersteigt, im Umfang von 150 Prozent besteuert wird. Für die SVP will die Initiative ein Problem lösen, das gar nicht existiert. Im internationalen Vergleich sind Einkommen aufgrund von Steuern und Transferleistungen in der Schweiz gleichmässig verteilt. Das Umverteilungsvolumen ist heute bereits bedeutend. Zu dieser Umverteilung gehören namentlich Sozialtransfers wie die AHV oder Prämienverbilligungen sowie die progressiv ausgestalteten Einkommens- und Vermögenssteuern.

Linke Lohnpolizei vorerst abgewehrt

[19.444 Pa. Iv. Min Li. Sanktionen bei Lohnungleichheit](#)

[19.452 Pa.Iv. Reynard. Schwarze Liste für Unternehmen, die sich nicht an die Lohngleichheit von Frau und Mann halten](#)

[19.452 Pa.Iv. Reynard. Gleicher Lohn für Frau und Mann. Ein griffiges Gesetz für die Mehrheit der Arbeitnehmenden tut not!](#)

[18.323 Kt. Iv. VD Ermöglichung der institutionellen Beaufsichtigung von privaten Unternehmen und Organisationen](#)

SP, Grüne und GLP befürworteten mehrere extreme Vorstösse, die Unternehmen auf schwarze Listen setzen oder mit Busse bestrafen wollten, wenn sie Frauen und Männern unterschiedliche Löhne zahlen. Glücklicherweise spannten die Bürgerlichen für einmal wieder zusammen und lehnten die Initiativen allesamt ab.

Ständerat sagt Ja zu rund 460 Millionen Franken für Bundesbauten

[20.050 Immobilienbotschaft EFD 2020](#)

Der Ständerat hat am Donnerstag einstimmig einem Kredit von 458,2 Millionen Franken für Bundesbauten zugestimmt. Der grösste Teil des Geldes wird für die zweite Bauetappe des neuen Verwaltungszentrums am Guisanplatz in Bern verwendet. Der zweitgrösste Betrag, 153,2 Millionen Franken, sind für die Erstausrüstung des Agroscope-Laborneubaus in Posieux im Kanton Freiburg vorgesehen.

Brot und Backwaren besser deklarieren

[20.3910 Mo. Deklaration des Produktionslandes von Brot und Backwaren](#)

Jedes Jahr schliessen unzählige Bäckereien. Gleichzeitig nimmt der Import von ausländischen Backwaren enorm zu. Oftmals merken Kunden gar nicht, dass sie ausländisches Brot kaufen. Der Ständerat will vom Bundesrat nun einen Vorschlag, um die Herkunft von Brot und Backwaren besser zu deklarieren.

Ständerat will keine Strategie zur Stabilisierung von Bundeshaushalt und Sozialwerken

[20.3414 Mo. Salzmann](#)

Eine Motion aus der SVP wollte, dass der Bundesrat infolge Covid-19 eine umfassende Strategie ausarbeitet, wie er die finanzielle Schieflage des Bundeshaushalts und der Sozialwerke wieder ausgleicht. Offenbar erachtet das eine Mehrheit nicht für notwendig und lehnte die Motion ab.

Ständerat will über Abschaffung der Industriezölle diskutieren

[19.076 Zolltarifgesetz. Änderung \(Aufhebung der Industriezölle\)](#)

Der Bundesrat will die Industriezölle abschaffen, um die Wirtschaft zu entlasten. Der Vorschlag ist umstritten. Der Nationalrat hatte den Schritt im Juni abgelehnt. Der Ständerat jedoch ist auf die Vorlage eingetreten – gegen den Willen seiner vorberatenden Kommission.

AUSLÄNDER- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Nationalrat will Ausschaffungshaft erst ab 18 Jahren

[18.321 Stopp der Administrativhaft für Kinder!](#)

Linksgrün setzte sich mit Unterstützung einzelner Bürgerlicher für die Abschaffung der Ausschaffungshaft von Minderjährigen ein. Heute ist diese unter gewissen Umständen bereits ab 15 Jahren erlaubt. Es braucht wohl keinen Hellseher, um vorauszusehen, dass abzuweisende sich Ausländer mit nicht belegbarer Identität künftig immer als Minderjährige ausgeben werden.

Trotz Arbeitslosigkeit bleiben Grenzen für Zuwanderer offen

[20.3422 Mo. Minder. Covid-19-Massnahme zum Abbau der Arbeitslosigkeit](#)

Mit einer Motion aus der SVP-Fraktion hätte erreicht werden sollen, dass so lange die Schweizer Arbeitslosenquote mehr als drei Prozent beträgt, nur Personen aus dem Ausland

rekrutieren dürfen, die bereits eine Arbeitsbewilligung haben. Erwartungsgemäss stimmten diesem wichtigen und eigentlich selbstverständlichen Anliegen nur die SVP-Ständeräte zu.

AUSSENPOLITIK

Schweiz beteiligt sich an Kapitalerhöhungen bei Entwicklungsbanken

[20.024 Weltbankgruppe und Afrikanische Entwicklungsbank. Kapitalerhöhung](#)

Das Parlament hat 297 Millionen Franken für die Beteiligung der Schweiz an Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank gutgeheissen. Die SVP wehrte sich vergeblich dagegen, konnte aber immerhin einbringen, dass sich die Schweiz für die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen in unterentwickelten Regionen einsetzen soll. Auf diese Weise soll das Geld immerhin zur Eindämmung der Migration eingesetzt werden.

Nationalrat stimmt Bürgschaft für Internationalen Währungsfonds zu

[20.043 Garantieverpflichtung gegenüber der Schweizerischen Nationalbank für ein Darlehen an den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum des IWF](#)

Der Nationalrat ist damit einverstanden, den Internationalen Währungsfonds (IWF) auch in der Corona-Krise zu unterstützen. Konkret hat der Nationalrat einen Verpflichtungskredit von 800 Millionen Franken bewilligt. Die SVP-Fraktion stellte den Antrag, nicht auf das Geschäft einzutreten, blieb aber chancenlos.

Parlament bewilligt über 11 Milliarden für Entwicklungshilfe

[20.033 Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021-2024](#)

Das Parlament hat die strategische Ausrichtung der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2021-2024 und den dazugehörigen Rahmenkredit von maximal knapp 11,3 Milliarden Franken verabschiedet. Kürzungsanträge der SVP waren chancenlos. Der Nationalrat hatte in seiner Erstberatung Zusatzbedingungen gestellt, die nun leider wieder rausfielen. Eine Mehrheit hatte verlangt, dass die jährlichen Ausgaben an die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und den Abbau der Covid-19-bedingten Schulden gekoppelt werden.

Ständerat will Bündnerfleisch & Co. besser schützen

[20.048 Lissabonner Abkommen über Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben. Genehmigung](#)

Schweizer Produzenten sollen künftig geografische Angaben in ihren Produkten international einfacher schützen können. Der Ständerat hat am Dienstag einstimmig dem Beitritt zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommen zugestimmt. Geografische Angaben in Schweizer Marken sollen künftig einfacher und in mehreren Staaten gleichzeitig geschützt werden können. Heute müssen Schweizer Produzenten für den Schutz ihrer geografischen Angabe in jedem Staat einen separaten Antrag stellen.

Bundesversammlung genehmigt Nach-Brexit-Abkommen mit Grossbritannien

[19.069 Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Abkommen mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland](#)

Britinnen und Briten in der Schweiz und Schweizerinnen und Schweizer in Grossbritannien sollen nach dem Brexit ihre Rechte behalten können. Beide Kammern haben in der Schlussabstimmung einen entsprechenden Staatsvertrag genehmigt.

STAATSPOLITIK

Papiertiger statt echter Verbesserung des Datenschutzes

[17.059 Datenschutzgesetz. Totalrevision und Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz](#)

Nach einer dreijährigen Debatte hat das Parlament die Modernisierung des Datenschutzgesetzes abgeschlossen. Die SVP war von Anfang an gegen den Papiertiger aus Brüsseler und Berner Amtsstuben. Das neue Gesetz wird zwar EU-konform sein, aber insbesondere für KMU

einen enormen bürokratischen Mehraufwand bringen, ohne dass das Datenschutzniveau für Kunden und Bürger erhöht wird. Die einzigen, die sich freuen dürfen, sind die Juristen.

Nationalrat lehnt Gegenvorschlag zur Pseudo-Transparenzinitiative ab

[19.400 Mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung](#)

Eine unheilige Allianz aus SVP und linken Parteien lehnte den Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative ab. Die Linken wollten ein noch komplizierteres Regelwerk. Die SVP hingegen will grundsätzlich keinen Gegenvorschlag, da dieser gleich wie die Volksinitiative nur zu einer bürokratischen Übung führen, aber die Geldströme in der Politik nicht wirklich offenlegen würde. Zudem ist nach Ansicht der SVP wichtig, dass keine staatliche Parteienfinanzierung eingeführt wird, nur weil plötzlich niemand mehr bereit ist, für Kampagnen zu spenden, wenn die Spender veröffentlicht werden.

Nationalrat stimmt verschärften Einreiseregeln im Schengen-Raum zu

[20.027 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem \(ETIAS\)](#)

Die EU erweitert die Möglichkeiten für präventive Kontrollen bei der Einreise in den Schengen-Raum. Das Parlament ist einverstanden damit, dass die Schweiz nachzieht. Vorgesehen ist die Einführung eines automatisierten Systems, mit dem Risiken bei der Einreise von nicht visumpflichtigen Drittstaatsangehörigen in den Schengen-Raum ermittelt werden können. Dafür müssen diese Personen vor Antritt ihrer Reise online eine gebührenpflichtige Reisegenehmigung beantragen.

Parlamentarier halten an ihren Privilegien fest

[16.460 Pa.Iv. Rickli. Abschaffung der Überbrückungshilfe für Ratsmitglieder](#)

Nicht wiedergewählte und zurückgetretene Parlamentsmitglieder sollen weiterhin eine Überbrückungshilfe beantragen können, obwohl sie bereits Arbeitslosengeld erhalten. Der Nationalrat lehnte eine Parlamentarische Initiative der heutigen SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli definitiv ab, die dieses Privileg abschaffen wollte.

Knappe Mehrheit im Nationalrat für Stimmrechtsalter 16

[19.415 Pa.Iv. Arslan. Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben](#)

Mit 98 zu 85 Stimmen will der Nationalrat das aktive Stimmrecht auf 16 Jahre senken. Will heissen: 16-Jährige könnten an den Nationalratswahlen teilnehmen, aber selber nicht kandidieren. Die SVP lehnte die Initiative ab und ist überzeugt, dass zu Rechten auch Pflichten gehören wie Steuern zahlen und das Mündigkeitsalter generell mit 18 beginnen soll. Man darf gespannt bleiben, ob der Ständerat die Initiative kippt.

Keine Frauenquoten für Wahllisten

[19.440 Pa.Iv. Kälin. Paritätische Wahllisten](#)

[19.460 Pa.Iv. Grossen. Endlich Anreize für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter auf Wahllisten](#)

Zwei Initiativen aus dem grünen Lager wollten eine extreme Frauenförderung im Wahlgesetz verankern. So hätten auf den Wahllisten die Geschlechter immer gleichmässig verteilt sein müssen bzw. Fraktionen im Parlament hätten nur noch Entschädigungen erhalten, wenn ihre Vertretungen eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter aufweisen. Dumm nur, dass bei diesen Vorschlägen reine Frauenlisten auch nicht mehr möglich wären und auch keine Fraktionen einer reinen Frauenpartei. Der Nationalrat lehnte beide Initiativen ab, allerdings nicht so deutlich wie erwartet.

Ständerat will Volk mehr Mitspracherecht bei Staatsverträgen geben

[20.016 Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit Verfassungscharakter. Änderung von Artikel 140 der Bundesverfassung](#)

Völkerrechtliche Verträge, die einer Verfassungsänderung gleichkommen, sollen immer dem obligatorischen Referendum unterstehen und damit dem Volk unterbreitet werden müssen. Der Ständerat ist einverstanden damit, diese Regel ausdrücklich in der Bundesverfassung zu verankern.

Ständerat weicht Stellenmeldepflicht auf

[19.4560 Mo. Rieder Mit Bürokratieabbau zu einem stärkeren saisonalen Arbeitsmarkt](#)

Die Masseneinwanderungsinitiative von 2014 wurde nur äusserst spärlich umgesetzt mit einer Stellenmeldepflicht. So müssen freie Stellen zuerst dem RAV gemeldet werden, bevor sie ausgeschrieben und neue Zuwanderer eingestellt werden dürfen. Nun hat der Ständerat diese praktische Nichtumsetzung zugunsten der Hoteliers und Tourismusorte noch weiter aufgeleicht. Wenn der Unterbruch zwischen den früheren und der erneuten Anstellung derselben Person nicht länger als 12 Monate gedauert hat, soll auf die Stellenmeldung verzichtet werden dürfen.

SICHERHEITSPOLITIK

Räte einigen sich über verschärftes Terrorismus-Strafrecht

[18.071 Terrorismus und organisierte Kriminalität. Übereinkommen des Europarates](#)

Im Kampf gegen den Terrorismus wird das Strafrecht verschärft. Das Anwerben, die Ausbildung und Reisen im Hinblick auf einen Terrorakt werden unter Strafe gestellt. Die Beteiligung an einer terroristischen Organisation wird auf die gleiche Stufe gestellt wie die Beteiligung an einer kriminellen Organisation, die Höchststrafe beträgt in beiden Fällen nun zehn Jahre.

Parlament schränkt den Zugang zu Chemikalien ein

[19.067 Vorläuferstoffgesetz](#)

Privatpersonen sollen weniger leicht Zugang haben zu Chemikalien, aus denen sich Bomben bauen lassen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat ein Gesetz gutgeheissen, mit dem der Kauf bestimmter Substanzen erschwert wird. Am Nutzen des Gesetzes zweifelte nur die SVP, die die Vorlage ablehnte. Vergeblich warnten SVP-Vertreter vor der Kriminalisierung jeder Hausfrau – auch Putzmittel können Vorläuferstoffe enthalten.

Parlament gibt für Investitionsplanung der Armee grünes Licht

[20.031 Armeebotschaft 2020](#)

Investitionen von 21,1 Milliarden Franken können 2021 bis 2024 für die Armee eingeplant werden. Das Parlament bewilligte den Zahlungsrahmen dafür. Zusätzlich hiess es für Rüstungsgüter, den Kauf von Material und für Immobilien insgesamt 2,7 Milliarden Franken gut. Der vom Bundesrat beantragte Zahlungsrahmen für die Armee für die nächsten vier Jahre sieht ein reales Wachstum des Armeebudgets von 1,4 Prozent pro Jahr vor. Darüber soll auch der Kauf der neuen Kampfflugzeuge finanziert werden.

Bundesversammlung stimmt präventiven Massnahmen gegen Gefährder zu

[19.032 Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz](#)

Meldepflicht, Rayon- und Ausreiseverbot, Hausarrest: Beide Kammern haben in der Schlussabstimmung präventive Massnahmen beschlossen, mit welchen die Polizei terroristische Gefährder künftig besser in Schach halten kann. Die Linke inkl. GLP stellte sich dagegen und zeigte wieder einmal, dass ihnen der Täterschutz wichtiger ist als die Sicherheit von Land und Leuten.

Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherstellen

[20.3906 Mo. Minder Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherstellen](#)

Der Ständerat stimmte einer Motion der SVP-Fraktion zu und beauftragt den Bundesrat, eine Vorlage zu unterbreiten, um die Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherzustellen. Hierzu sollen lebenswichtige Güter zur Aufrechterhaltung der Schweizer Volkswirtschaft und Landesversorgung in der Schweiz hergestellt werden müssen.

RECHTSFRAGEN

Parlament streicht Rente für Lebenspartner aus Erbrechtsrevision

[18.069 ZGB. Änderung \(Erbrecht\)](#)

Das fast hundertjährige Erbrecht wird modernisiert. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Lebenspartnerinnen und -partner erhalten jedoch keinen Anspruch auf Unterstützung. Erblasser können aber künftig über einen grösseren Teil des Nachlasses frei verfügen. Der Pflichtteil für die Nachkommen wird verkleinert. Grundsätzlich gegen die Reform wehrte sich einzig die SVP-Fraktion. Das Erbrecht sollte dem Familienfrieden dienen. Die Revision störe diesen. Eine Revision wäre aus Sicht der SVP einzig dann sinnvoll, wenn der Erblasser ganz frei entscheiden könnte, was mit seinem Nachlass passiert.

Geschlechterwahl nach Lust und Laune

[19.081 ZGB. Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister](#)

Künftig soll jede und jeder auf dem Zivilstandsamt sein Geschlecht und den Vornamen ändern können und zwar ohne Hormontherapie oder operative Veränderungen. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat dieser sehr zweifelhaften Vereinfachung zu. Die SVP beantragte Nichteintreten, was der Rat aber deutlich ablehnte. Letztlich geht es den Befürwortern um die Aufhebung der Geschlechter respektive die Öffnung der Tür für ein drittes Geschlecht.

Ständerat gegen strengere Regeln für Anwälte bei heiklen Geschäften

[19.044 Geldwäschereigesetz. Änderung](#)

Der Ständerat hat entgegen Nationalrat und SVP dem angepassten Gesetz gegen Geldwäscherei zugestimmt. Der Bundesrat wollte damit auf internationalen Druck hin unter anderem Anwältinnen und Anwälte an strengere Sorgfaltspflichten binden. Doch genau diese Verschärfung hat der Ständerat gestrichen.

SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

14 Milliarden in Arbeitslosenkasse eingeschossen

[20.057 AVIG. Zusatzfinanzierung der Arbeitslosenversicherung](#)

Die Kurzarbeit aufgrund der Covid-19-Krise hat ein Loch in die Kasse der Arbeitslosenversicherung gerissen. Damit die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kurzfristig nicht erhöht werden müssen, hat das Parlament bewilligt, dass 14,2 Milliarden aus der Bundeskasse eingeschossen werden.

Räte uneinig über Abrechnungsfreiheit von Pflegenden

[19.401 Pa.IV. SGK-NR. Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität](#)

Mit einer Ausbildungs-offensive und neuen Kompetenzen will das Parlament den Pflegeberuf stärken. Nicht einig sind sich die Räte jedoch bei der Frage, ob für Pflegenden, die selbständig abrechnen wollen, eine Vertragspflicht gelten soll oder nicht. Die FDP und die SVP befürchten Mehrkosten. Je mehr Leistungserbringer vorhanden sind und je mehr Leute abrechnen könnten, umso höher sind die Kosten. Die SVP unterstütze daher die Version, welche der Ständerat in der Sommersession eingebracht hatte. Dieser knüpfte die erweiterten Bedingungen an eine zusätzliche Bedingung: Von der Möglichkeit profitieren sollen nur jene Pflegefachpersonen, Spitexorganisationen und Pflegeheime, die mit den Krankenversicherern vorgängig eine

Vereinbarung abgeschlossen haben. Doch die Mehrheit des Nationalrats lehne eine solche Vereinbarungspflicht ab und so geht das Geschäft zurück an den Ständerat.

Parlament stimmt längerem Urlaub für Mütter kranker Babys zu

[18.092 Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen](#)

Wenn ein krankes Baby nach der Geburt länger im Spital bleiben muss, soll die Mutter länger Mutterschaftsurlaub machen können. Dieser Meinung ist nach dem Ständerat auch der Nationalrat. Es verbleiben aber zwei Differenzen. Die SVP beantragte Nichteintreten auf die Vorlage, da es einen Leistungsausbau und Mehrkosten zulasten der Erwerbsersatzordnung verursacht. Den betroffenen Frauen kann zugemutet werden, sich eigenverantwortlich zu organisieren. Das Gesetz kann nicht sämtliche Härtefälle verhindern.

Parlament heisst Sicherheitsmassnahmen für Auffangeinrichtung gut

[20.056 BVG. Anlage von Geldern aus dem Freizügigkeitsbereich der Auffangeinrichtung bei der Bundestresorerie](#)

Die Auffangeinrichtung der zweiten Säule wird angesichts möglicher Schwierigkeiten wegen der Coronavirus-Pandemie besser abgesichert. Mit dieser Änderung kann die Stiftung Auffangeinrichtung bei Bedarf rasch ein unverzinsliches Konto im Umfang von bis zu 10 Milliarden Franken eröffnen. So soll sie pandemiebedingte Verwerfungen an den Finanzmärkten und einen krisenbedingten Zufluss von Geldern besser verkraften können.

Finanzierungsproblem von Kinderspitälern sollen gelöst werden

[19.3957 Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler bei effizient erbrachten Leistungen](#)

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat zugestimmt, dass der Bundesrat dafür zu sorgen hat, dass Kinderspitäler kostendeckend arbeiten können. Dafür sollen sowohl ambulante als auch stationäre Behandlungen sachgerecht abgebildet und kostendeckend vergütet werden.

Quasi-Legalisierung von Cannabis verabschiedet

[19.021 Betäubungsmittelgesetz. Änderung](#)

In der Schweiz sollen Pilotstudien zur kontrollierten Cannabis-Abgabe durchgeführt werden können. Einig sind sich die Räte nun auch, dass für die Versuche wenn möglich Schweizer Bio-Cannabisprodukte verwendet werden sollen. Nebst der geschlossenen SVP lehnte nur die Hälfte der Mitte-Fraktion und vereinzelt FDP-Ratsmitglieder die quasi-Legalisierung von Cannabis ab.

Nationalrat möchte 14 Tage Adoptionsurlaub einführen

[13.478 Pa.IV. Romano. Einführung einer Adoptionsentschädigung](#)

Künftig soll es auch für Eltern, die ein Kind adoptieren, während maximal 14 Tagen Erwerbsersatz geben. SVP und FDP appellierten vergeblich, nun in Krisenzeiten nicht noch ein neues Sozialwerk zu schaffen.

Krankenkassen sollen Kosten für Pflegematerial übernehmen

[20.046 KVG. Vergütung des Pflegematerials](#)

Die Krankenkassen sollen Pflegematerial wie Spritzen oder Verbände immer bezahlen, unabhängig davon, wer es wo verwendet. Der Nationalrat hat der entsprechenden Anpassung des Krankenversicherungsgesetzes einstimmig zugestimmt.

Papa Staat soll vorschreiben, was seine Bürger essen dürfen

[20.3913 Po. SGK-NR. Verbesserung der Wirksamkeit des Nutri-Score](#)

Der Bundesrat muss wegen einer Zufallsmehrheit im Nationalrat nun einen ausführlichen Bericht erarbeiten. Darin soll er berichten, wie die Nährwerttabellen oder Ampelsysteme auf Nahrungsmitteln angepasst werden können, um die Ernährungsgewohnheiten der Schweizer vermeintlich zu verbessern.

Ständerat stimmt gegen Frühförderung im Vorschulalter

[17.412 Pa.Iv. Aebischer. Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter](#)

Nach dem Willen des Ständerats und der SVP soll der Bund die Kantone bei der Frühförderung von Kindern nicht finanziell unterstützen. Eine entsprechende Gesetzesänderung und die dazugehörige Finanzierung wurde vorerst abgelehnt. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Das Gesetz hätte verlangt, dass Kinder in der Schweiz bei Bedarf schon vor dem Eintritt in den Kindergarten gezielt gefördert werden können. Die geltende Altersgrenze für die Kinder- und Jugendförderung wäre auf den Zeitpunkt der Geburt gesenkt worden.

BILDUNGS- UND KULTURPOLITIK

Parlament beschliesst Auflagen für Streamingdienste

[20.030 Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024](#)

Der Nationalrat will ausländische Streamingdienste und Fernsehsender zur Kasse bitten. Sie sollen ein Prozent ihrer Einnahmen in der Schweiz in das Schweizer Filmschaffen investieren. Zudem sollen die Anbieter verpflichtet werden, 30 Prozent ihres Filmkatalogs mit europäischen Filmen zu besetzen. Die SVP wehrte sich vergeblich dagegen, dass der Staat den Bürgern vorschreiben soll, welche Art von Fernsehunterhaltung sie konsumieren sollen.

Trotz Krise: Parlament stockt Kulturförderung weiter auf

[20.030 Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024](#)

Rund eine Milliarde Franken wollen National- und Ständerat für die Kulturförderung bis 2024 ausgeben. In den Details sind sich die Räte noch uneins aber eines ist klar: Trotz Krise wollen alle Parteien mit Ausnahme der SVP die Kulturförderung weiter ausbauen und sprachen teilweise mehr Geld als vom Bundesrat veranschlagt. Immerhin wurde die Bundesmillion für die Stadt Bern nun endlich gestrichen. Die Bundesstadt hatte in Vergangenheit von der Eidgenossenschaft Geld für die Finanzierung eines kulturellen Angebots erhalten. Doch solange die Stadt Bern die Reithalle mit ihren linken Chaoten als Kulturinstitution ansieht und finanziell unterstützt, kann der Bund nicht mit gutem Gewissen Geld sprechen.

Bildung – Parlament behält die Spendierhosen an

[20.028 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024](#)

Ja, Bildung ist wohl die wichtigste Ressource der Schweiz. Dennoch bedeutet mehr Geld nicht zwingend bessere Ausbildungsmöglichkeiten. Über 28 Milliarden Franken will die Bundesversammlung in den nächsten vier Jahren für Bildung und Forschung bereitstellen, 188 Millionen Franken mehr als der Bundesrat. Das sind über 2 Milliarden mehr als in den vergangenen vier Jahren. Teilweise erhalten einzelne Institutionen bis zu 10% mehr. Die letzten Differenzen zwischen den einzelnen Räten müssen aber noch bereinigt werden.

Unsinnige Transferzahlung: Bund soll auch staatliche Kitas unterstützen

[20.3917 Motion WBK-N. Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung](#)

Der Nationalrat stimmte einer Motion zu, die verlangt, dass im Rahmen der Covid-19-Hilfspakete nicht nur private Kindertagesstätten eine Ausfallentschädigung erhalten, sondern auch Institutionen der öffentlichen Hand. Die SVP wehrte sich vergeblich dagegen, dass der Bund nun auch zum Götti von Kantonen und Gemeinden wird.

6 Milliarden ohne Plan

[20.052 Horizon-Paket 2021–2027](#)

Die Schweiz soll bei der nächsten Generation des EU-Forschungsprogrammes Horizon dabei sein können. Der Ständerat hat die dafür notwendigen Gelder in Höhe von 6,15 Milliarden Franken gesprochen. Die SVP-Fraktion wollte die Vorlage zurückweisen – leider ohne Erfolg. Denn es kann nicht sein, dass wir uns mit einem derart hohen Geldbetrag an einem EU-Projekt

beteiligen, solange nicht klar ist, wie das Programm ausgestaltet wird und wie es in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU weitergeht.

VERKEHR, INFRASTRUKTUR UND MEDIEN

Staatliche Medienförderung: Massives Lobbying der Medienverbände

[20.038 Massnahmenpaket zugunsten der Medien](#)

Der Nationalrat will die Förderung von klassischen Print- und neuen Onlinemedien gemeinsam angehen. Er hat eine Teilung der Vorlage, wie es die Kommission forderte, knapp abgelehnt. SVP und FDP setzten sich für eine separate Behandlung der Print- und Onlineförderung ein. Sie sind überzeugt, dass die vorgesehene Förderung von Onlinemedien keine Grundlage in der Verfassung hat. Die Lobby-Offensive von verschiedenen Medienverbänden scheint ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Grundsätzlichen Widerstand gegen die Medienförderung gab es nur von der SVP.

Räte genehmigen Hilfe für öffentlichen Verkehr und stocken auf

[20.055 Dringliches Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise](#)

Während des Lockdowns im Frühjahr gingen die Passagierzahlen in Zügen, Bussen und Trams um bis zu 80 Prozent zurück. Das führte dazu, dass viele öV-Unternehmen im laufenden Jahr Verluste einfahren. Das rund zunächst 700 Millionen Franken umfassende Hilfspaket ist mit den Aufstockungen des Parlaments auf rund 900 Millionen Franken angewachsen. Für die Hilfe im Ortsverkehr war der Bund in der Vernehmlassung von 100 Millionen Franken ausgegangen. Beim touristischen Verkehr dürfte die Hilfe 50 bis 100 Millionen Franken kosten. Die SVP wehrte sich vergeblich mit dem Argument, dass die Kantone und Gemeinden als Besteller des regionalen und lokalen öV-Angebots einspringen sollten, nicht der Bund. Zudem sollte man sich überlegen, auch das Angebot zu reduzieren, etwa beim Viertelstundentakt, wenn die Nachfrage wegen verbreitetem Home Office tiefer ausfällt.

Parlament genehmigt Regelung der Mehrwertsteuer-Rückzahlung

[19.077 Pauschale Vergütung der Mehrwertsteuer auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen. Bundesgesetz](#)

Jahrelang war auf den Radio- und Fernsehempfangsgebühren unrechtmässig Mehrwertsteuer erhoben worden. Nun sollen die Haushalte eine einmalige pauschale Vergütung von 50 Franken erhalten. Das Parlament ist einverstanden mit dieser vom Bundesrat vorgeschlagenen Lösung.

Schweizer Modellflieger nicht durch EU-Recht einschränken

[20.3916 Mo. KVF-NR. Ausnahme des Modellflugs von der EU-Drohnenregelung](#)

Der Nationalrat will, dass der Bundesrat den traditionellen Modellflug ausnimmt und unter nationalem Recht belässt. Aus Sicherheits- und Datenschutzgründen hat die EU Betriebsregeln für unbemannte Luftfahrzeuge erlassen. Das Luftverkehrsabkommen mit der EU gibt der Schweiz die Möglichkeit, den Modellflug von der Übernahme der EU-Vorschriften für den Betrieb von unbemannten Luftfahrzeugen auszunehmen. Also soll der Bundesrat diese Ausnahme auch nutzen.

Nationalrat bewilligt 14,4 Milliarden Franken für das Bahnnetz

[20.044 Bahninfrastruktur, Systemaufgaben in diesem Bereich und Investitionsbeiträge an private Güterverkehrsanlagen in den Jahren 2021-2024. Finanzierung](#)

Der Nationalrat ist einverstanden damit, mehr Geld als bisher ins Schienennetz zu investieren. Mit grosser Mehrheit hat er am Montag 14,4 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre bewilligt. Das sind 1,2 Milliarden Franken mehr als bisher. Ein Antrag aus der SVP, den Kredit um rund 500 Milliarden Franken zu kürzen, scheiterte. Angesichts des guten Zustands des Bahnnetzes hätten die bisherigen Mittel ausgereicht.

Nationalrat nimmt aufmüpfige Flugpassagiere an die Kandare

[20.054 Luftfahrtgesetz. Änderung](#)

Flegel-Passagiere sollen künftig einfacher rechtlich belangt werden können. Der Nationalrat hat am Montag als Erstrat die entsprechende Anpassung des sogenannten Abkommens von Tokio einstimmig gutgeheissen.

Strassenbenützer sollen weiterhin geschröpft werden

[19.495 Pa.Iv. Wobmann. Keine zusätzlichen Belastungen der Verkehrsteilnehmer wegen Staustunden](#)

Eine Initiative aus der SVP wollte erreichen, dass keine neuen Abgaben auf Treibstoffe oder Strassenbenützung erhoben werden dürfen, solange die jährlichen Staustunden über dem Schwellenwert von 12'000 Stunden liegen. Doch eine Mehrheit des Nationalrates betrachtet Autofahrer nach wie vor als Milchkühe der Nation, ohne für ausreichende Kapazität auf der Strasse zu sorgen.

UMWELTPOLITIK

Ständerat will de-facto-Gegenvorschlag zu Trinkwasser- und Pestizidinitiativen

[19.475 Pa.Iv. WAK-SR. Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren](#)

Kernpunkt der Vorlage ist, die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Flüsse und Seen, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser bis 2027 um 50 Prozent zu reduzieren. Als Referenzwert dient das Mittel der Jahre 2012 bis 2015. Im Rat war dieser Vorschlag unbestritten. Weiter enthält die Vorlage eine Verstärkung des Gewässerschutzes.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[20.3985](#) Mo. Fraktion V. Kein InstA-Hüftschuss ohne Klärung der offenen Punkte

[20.3986](#) Mo. Fraktion V. Abschreibung des institutionellen Abkommens

[20.3987](#) Mo. Fraktion V. Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers)

[20.3988](#) Mo. Fraktion V. Covid-19-Schnelltests statt einschneidende Quarantäne

EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)